

„Kehrtwende in der Rüstungsexportpolitik?“

29. Donnerstagsgespräch der Kirchen am 11. Dezember 2014 in Berlin

In der Begrüßung unterstrich Prälat Dr. Karl Jüsten, der kath. Vorsitzende der GKKE, das Fragezeichen im Thema des Abends „Kehrtwende in der Rüstungsexportpolitik?“. In ihrem diesjährigen Rüstungsexportbericht habe die GKKE eine gemischte Bilanz gezogen, was die Umsetzung der angekündigten Kehrtwende in der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung betrifft. Einerseits gewachsene Transparenz, sowie ein erheblicher Rückgang von Kleinwaffengenehmigungen an Drittstaaten. Andererseits habe der Anteil von Liefergenehmigungen an Drittstaaten trotz der angekündigten restriktiven Genehmigungspraxis ein Rekordhoch von 63 % im ersten Halbjahr 2014 erreicht.

Den erreichten Zuwachs an Transparenz in der Berichtslegung der Bundesregierung aber auch in den Informationen über Liefergenehmigungen aus dem Bundessicherheitsrat gegenüber dem Parlament erläuterte Dr. Eckhart Franz, Abteilungsleiter Außenwirtschaftspolitik im BMWi. Das Bundesverfassungsgericht habe in seiner Entscheidung vom Oktober die Linie dieser Bundesregierung zur Information gegenüber dem Parlament bestätigt. Bei allem Zuwachs an Transparenz brauche es im Interesse der Unternehmen und mit Rücksicht auf die Wahrung des Betriebsgeheimnisses Vertraulichkeit im Umgang mit deren Voranfragen und Exportanträgen. Die Schärfung der Kleinwaffengrundsätze wolle das BMWi zügig angehen. Dabei solle etwa ein Prinzip wie „Alt für Neu“ stark gemacht werden. Ebenso stünden Schritte für eine wirksamere Endverbleibskontrolle an.

Der Vorstandsvorsitzende der JENOPTIK AG Jena, Dr. Michael Mertin, zugleich auch Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsrates, betonte demgegenüber, Unternehmen hätten weniger Interesse an Nichttransparenz, vielmehr an einer verlässlichen Ausrichtung von Genehmigungsentscheidungen und –policy. Zudem sei der Antragsstau - mit teilweise einer Wartezeit von bis zu 200 Tagen bis zu einer Entscheidung - für Unternehmen schädlich. Angesichts einer sehr langen Entwicklungs- und Nutzungsdauer von Rüstungsgütern - bis zu mehreren Jahrzehnten – sei ein plötzlicher Politikwechsel schwer verkraftbar. So würde ein durchgehender Exportstopp in Drittländer z.B. bei Subsystemen für Panzer und Nachtsichtgeräte seinem Unternehmen „wehtun“. Diese Produktion sei aus mittlerer Sicht nur mit Exportkapazitäten aufrecht zu erhalten. Welche Sicherheitstechnologien aber wolle die Bundeswehr und die deutsche Sicherheitspolitik? In einer europäischen Harmonisierung der Rüstungsproduktion sah er keine Perspektive, die notwendigen Synergien seien in Europa nicht da, um solche Ausfälle zu ersetzen. Konversion sei eine „nette Diskussion“, aber nicht zu realisieren. Den Vorwurf, Unternehmen würden aus Profitgier Rüstungsgüter exportieren, wies er zurück. Z.B. die Lieferung von Patriot-Raketen nach Südkorea könne sinnvoll und notwendig sein. Deshalb halte er eine Debatte um den Stellenwert von Waffen in der

Sicherheitspolitik für unerlässlich. Was tun wir, um Demokratie und Freiheit zu verteidigen, mit welchen Mitteln?

Ein Teilnehmer von der Gemeinschaft katholischer Soldaten (GKS) unterstrich in der Diskussion den dringenden Bedarf der Bundeswehrsoldaten an hochwertigen Rüstungsgütern, insbesondere wenn es in risikoreiche Auslandseinsätze gehe.

Laut Dr. Franz richtet das Wirtschaftsministerium eine Clearingstelle ein, um die Prüfung der Genehmigungsanträge zu beschleunigen. In der von Bundesminister Sigmar Gabriel angekündigten restriktiven Genehmigungspraxis gehe es um den Vollzug der auch bisher gültigen Politischen Grundsätze. Ein zurückgehender Bedarf der Bundeswehr könne nicht über Exporte kompensiert werden. Er verweist auf die 10 Punkte von Bundesminister Gabriel, die dieser in seiner Rede vom 8. Oktober vorgetragen habe, u.a. nationale Konsolidierung und Klärung des Beschaffungsbedarfes der Bundeswehr.

MdB Agnieszka Brugger, Sprecherin der Bundestagsfraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen in Abrüstungs- und Verteidigungspolitik, unterstrich die Bedeutung einer europäischen Harmonisierung der Rüstungsexportkontrolle. Für manche Exportgenehmigungen wie etwa für die Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien gebe es keine guten Gründe, sie stünden im krassen Widerspruch zu außen- und sicherheitspolitischen Zielen der Bundesregierung. Waffen seien in der Regel das unkontrollierbarste Instrument der Sicherheitspolitik, verglichen etwa mit Instrumenten der zivilen Krisenprävention. Es gebe Fälle, in denen Waffenlieferungen notwendig und sinnvoll seien, diese müssten aber Ausnahmen bleiben und gut begründet werden. Die Wirkungen der Militäreinsätze in den letzten Jahren etwa in Afghanistan seien ernüchternd. Deutschland müsse mehr in politische Konfliktlösungen investieren. Die Bearbeitung von Konfliktursachen im zivilen Bereich sei in vielen Situationen aussichtsreicher, wie Friedensmissionen der UN mit Bundeswehrebeteiligung zeigen.

Der Vorsitzende der GKKE Fachgruppe Rüstungsexporte Jan Grebe und Politikwissenschaftler am BICC erläuterte anhand des Algeriengeschäftes, wie hier mit einem umfassenden Know-How - und Technologietransfer die Endverbleibs-kontrolle weitgehend aus der Hand gegeben werde. Er bedauert, dass viele nicht bereit sind, über europäische Kooperation nachzudenken. Es gebe europaweit zu viele Hersteller, die Panzer fertigen – gleichzeitig werden diese Waffensysteme immer weniger nachgefragt. Zusätzlich gebe es vier große U-Boot-Hersteller in der EU. Gleichzeitig seien die Ausgaben für Beschaffung und Instandhaltung innerhalb der NATO-Europa Staaten seit 2009 um etwa neun Milliarden Euro gefallen. Dies mit Export kompensieren zu wollen, bringe eine völlige Schieflage. Zudem sei im Zuge der Vergemeinschaftung des europäischen Marktes die Rüstungs- und Sicherheitsindustrie auch irgendwann dran. Bei Ablehnungen funktioniere die europäische Abstimmung, der vorgeschriebene Austausch um einen Unterbietungswettbewerb („Undercutting“) zu vermeiden.

Grebe unterstreicht, dass Rüstungsexporte das schlechteste Mittel der Sicherheitspolitik seien. Notwendig sei eine Klärung, wie sie sich zu anderen sicherheitspolitischen Instrumenten wie Außen-, Entwicklungs- oder Menschenrechtspolitik verhalten. Man brauche eine präventive Sicherheitspolitik.

In Antwort auf einen Diskussionsbeitrag, in der Publikation „Das hohe Haus“ (Roger Willemsen) werde die Rüstungsdebatte als Tiefpunkt der parlamentarischen Debatte beschrieben, räumt Frau Brugger ein, dass auch das Parlament in der Vergangenheit wenig Interesse gezeigt und seine Möglichkeiten keineswegs ausgeschöpft habe. Erst nach den Indiskretionen über die Beratungen im Bundessicherheitsrat über die Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien sei es besser geworden. Die Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen forderten ein parlamentarisches Kontrollgremium. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bleibe weit hinter ihren Erwartungen zurück. Zudem wollten sie einen Wechsel der Zuständigkeit vom Wirtschaftsministerium in das Auswärtige Amt, und die Beratungen im Bundessicherheitsrat gehörten ins Kabinett mit Beteiligung aller Ressorts.

Gertrud Casel

Bonn, 15. Jan. 2015